

wilma

Wilhelmstädter Magazin Nr. 1, Februar / März 2018

Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos und werbefrei, Herausgeber: Bezirksamt Spandau von Berlin, Stadtentwicklungsamt



Seite 3 Ausblick

Auch in diesem Jahr stehen wieder Entscheidungen an. Ein kurzer Ausblick auf das Jahr 2018.

Seite 6/7 Mieterschutz

Auch die Wilhelmstadt gerät zunehmend ins Blickfeld der Immobilienspekulation. Brauchen wir Milieuschutzgebiete?

Seite 10 Straßenbahn

Der Verkehr in Spandau wird jedes Jahr dichter. Und so schnell wird sich das auch nicht ändern ...



Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, welchen Ort in der Wilhelmstadt das Bild zeigt, schicke die Lösung – bitte mit genauer Absenderadresse! – an die Redaktion: »Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: wilma@berliner-ecken.com. Einsendeschluss ist Montag, der 5. März. Unter den richtigen Einsendungen wird ausgelost, der Gewinner erhält einen 20-Euro-Büchergutschein für die Dorotheenstädtische Buchhandlung. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Firmenlogo des (inzwischen leider geschlossenen) Modegeschäfts »Radi 55« in der Pichelsdorfer Str. 57. Gewonnen hat Klaus Hirt – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Auf ein Neues

Liebe Leserinnen und Leser, zunächst möchten wir Ihnen ein glückliches, gesundes neues Jahr 2018 wünschen, mit hoffentlich vielen positiven Erlebnissen! Wir freuen uns unsererseits sehr, dass wir mit der WILMA das Geschehen in der Wilhelmstadt nicht nur 2018, sondern auch in den Folgejahren weiter begleiten dürfen. Bei einer entsprechenden turnusmäßigen Neuausschreibung des Bezirksamts konnten das Konzept und auch der bisherige Erfolg der WILMA die Jury überzeugen. Deshalb haben wir vor allem den vielen treuen Lesern zu danken, die mit Interesse und Sympathie die Zeitung begleiten, uns über Neues informieren, auf aktuelle Probleme aufmerksam machen, ihr historisches Wissen beisteuern, sich kritisch an Debatten beteiligen und uns nicht zuletzt mit viel herzlichem Zuspruch unterstützten – einige der Leserbriefe, die uns allein zur letzten Ausgabe erreichten, finden sie auf den Seiten 8/9.

Uns ist die Wilhelmstadt sehr ans Herz gewachsen und wir freuen uns auf die nächsten, sicher interessanten Jahre! Die Redaktion

Ehrenamtliche RichterInnen dringend gesucht

Das Bezirksamt Spandau nimmt ab sofort Bewerbungen für die Vorschlagsliste zur nächsten Wahl der Schöffen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 entgegen. Spandauerinnen und Spandauer, die an einer Tätigkeit als ehrenamtliche/r Laienrichter/in bei Strafprozessen interessiert sind, sollten den Erklärungsbogen möglichst umgehend beim Bezirksamt Spandau – Bezirkswahlamt –, Carl-Schurz-Str. 2/6, 13597 Berlin, anfordern. Die Unterlagen können auch persönlich im Rathaus Spandau, Zimmer 22, montags bis donnerstags von 9 bis 15 Uhr und freitags von 9 bis 13 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung abgeholt werden. Für weitere Auskünfte und die Anforderung der Unterlagen wenden Sie sich bitte an die Tel.-Nummer 90279 2316.

WILMA im Internet

Alle bisher erschienenen Ausgaben der WILMA findet man auch im Internet mit sämtlichen Ausgaben als PDF unter: www.wilhelmstadt-bewegt.de/was-bewegt-sich/wilma

Termine im Stadteilladen Adamstraße 39

Sprechzeiten des Geschäftsstraßenmanagements: Di und Mi 10–13 Uhr

Sprechstunde des KoSP (Gebietsbeauftragte für die Wilhelmstadt): Fr 9–14 Uhr

Öffentliche Sitzungen der Stadtteilvertretung: jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.15 Uhr

Stadtteilvertretung, AG Verkehr: jeden 2. Mittwoch im Monat, 19–21 Uhr

Beratungsangebote des Sozialteams im Stadteilladen: siehe S. 15

AG »Geschichte und Geschichten«

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der jüngeren Geschichte der Wilhelmstadt, baut derzeit ein Archiv auf und trifft sich jeden zweiten Montag und jeden letzten Donnerstag im Monat um 17 Uhr im Stadteilladen.

LOGOS e.V.

Sprachkurse »Deutsch kommunikativ« (Deutsch-Russisch): Fr 17–19 Uhr, telefonische Anmeldung: 0176-56836058 oder 0179-3757818
Schachtraining (Anfänger, für Kinder ab 8 Jahren): donnerstags, 16.30 Uhr, Anmeldung: Tel. 0162-2505565

SELAM

(Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche)
Ansprechpartner: Mesut Göre,
Kontakt: Tel. 0176-34 93 90 44

Die nächste WILMA ...

... erscheint Mitte März.

Impressum

HERAUSGEBER Bezirksamt Spandau von Berlin, Abt. Bauen, Planen und Gesundheit; Stadtentwicklungsamt

REDAKTION Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

REDAKTIONSADRESSE »Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, mail: wilma@berliner-ecken.com

FOTOREDAKTION Tanja Schnitzler, fotografie@tanjaschnitzler.de

ENTWURF UND GESTALTUNG Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com
DRUCK BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH www.berliner-zeitungsdruck.de

V.I.S.D.P. Ulrike Steglich / Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

2018: Ein Ausblick

Bauprojekte, Verkehr, Verdrängung und mehr

Das Jahr ist noch jung, aber schon jetzt ist klar, dass es für Spandau keineswegs langweilig werden wird. Diskussionsstoff gibt es schon jetzt genug – für den Bezirk insgesamt, aber auch für die Wilhelmstadt im Besonderen.

Die Spandauer verfolgen aufmerksam das Geschehen auf dem ehemaligen Postareal wo die Neubebauung aber wohl erst 2019 beginnen wird. Der Abriss ging – nach anfänglicher Verzögerung – im Herbst und Winter 2017 überaus zügig vonstatten. Emilio Paolini, Mitglied der Stadtteilvertretung Wilhelmstadt, hat ihn mit einer installierten Kamera rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche dokumentiert. Das Video ist im Zeitraffer im Internet bei politik.in-spandau.de zu sehen.

Doch vor der Neubebauung stehen noch aufwändige Untergrund- und Leitungsarbeiten. So führt ein Hauptabwasserrohr des Gebiets durch das Areal. Grundstücksentwickler ist die »Projektgesellschaft Spandauer Ufer«, die hier eine Bebauung u.a. mit Hotelnutzung, Geschäfts- und Ladenflächen, Gastronomie, Büros und Praxen vorsieht, evtl. auch Wohnungen. Ein erster Entwurf wurde im November letzten Jahres der Öffentlichkeit im Rathaus vorgestellt.

Weiterhin bewegt die Spandauer immer mehr der Verkehr, insbesondere der wachsende motorisierte Verkehr und die Defizite des öffentlichen Nahverkehrs. Weitgehend Einigkeit besteht darin, dass die Buslinien, die ab dem S-, U- und Fernbahnhof Spandau die einzigen ÖPNV-Verbindungen im Großbezirk darstellen, auch aufgrund der wachsenden Bevölkerung endgültig an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Verärgert sind Bürger, die weiter außerhalb wohnen, aber auch über »Problembusse« wie den X34, der oft schon vor seinem eigentlichen Ziel Kladow endet – wegen Staus und Baustellen. Nicht nur der Fahrgastverband fordert deshalb den Bau von Straßenbahnlinien in Spandau – diese können wesentlich mehr Passagiere aufnehmen und müssen sich zudem mit einem eigenen Gleisbett nicht wie die Busse durch Staus quälen. Doch wirkliche Lösungen sind wohl noch lange nicht in Sicht – leider, denn der Druck wächst.

Existenziell ist das Thema Wohnen – auch hier wächst der Druck, wie das Beispiel Straßburger Straße / Burgwallgraben zeigt,

das jüngst durch die Medien ging: Hier drohen Mietern durch Modernisierungsmaßnahmen Mieterhöhungen um bis zu 75 %. Doch auch in anderen Häusern stehen Mieter unter Druck: Wohnraum wird auch in Spandau immer knapper, die Grundstückspreise steigen weiter, ebenso die Neuvermietungspreise, es wird immer schwieriger, preiswerte Wohnungen zu finden. Das Land Berlin kämpft ebenso wie andere Großstädte mit diesem Problem. Deshalb wird in Berlin zunehmend wieder das Instrument des Miileuschlutzes angewendet, um Mieter vor Verdrängung durch Modernisierung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen besser zu schützen. Ein Instrument, das sicher auch für manche Spandauer Viertel bedenkenswert wäre (siehe Seite 6).

Daneben gibt es noch spezielle Wilhelmstädter Themen. Eines, das insbesondere bei Anrainern und Besuchern des Havelufers für



Ärger sorgt, sind Belastungen durch Binnenschiffe auf der Bundeswasserstraße. Binnenschiffer nutzen zur Stromversorgung häufig ihre Dieselmotoren, die folglich auch in Ruhezzeiten laufen und für Lärm, stinkende Abgase und erhöhte Feinstaubbelastung sorgen. Die Berliner Landesregierung fordert deshalb eine Nutzungspflicht für Stromtankanstellen an den Bundeswasserstraßen und will eine entsprechende Bundesratsinitiative einbringen, da es hier um Bundesrecht geht. Außerdem wird eine Rußfilterpflicht für alle Binnenschiffe gefordert. Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes will in diesem und dem nächsten Jahr weitere Landstromtankanstellen installieren und diese sogar mit einem Nutzungsgebot versehen.

Auch die Zukunft der Schmidt-Knobelsdorff-Kaserne beschäftigt die Wilhelmstädter. Es verdichten sich Anzeichen, dass der Bund, dem das Areal gehört, dieses tatsächlich auch selbst nutzen möchte – für Einheiten der GSG9 (wir berichteten in der letzten Ausgabe). Der Bezirk hat darauf keine Einflussmöglichkeiten.

Im »Aktiven Zentrum Wilhelmstadt« werden etliche Projekte fortgeführt bzw. neu begonnen. So soll ab Anfang Februar eine provisorische Abhängung der Weißenburger Straße westlich der Pichelsdorfer erfolgen. Für ca. ein halbes Jahr wird dieser Abschnitt der Weißenburger provisorisch gesperrt, um zu prüfen, ob sich damit die komplizierte Verkehrssituation an der Kreuzung entspannt und welche Auswirkungen die Abhängung auf die Umgebung hat.

In diesem Jahr soll – nach umfangreicher Bürgerbeteiligung – voraussichtlich auch die Umgestaltung der Pichelsdorfer Straße beginnen. Dies betrifft insbesondere die Erneuerung der Gehwege und des Straßenbaumbestandes sowie fußgängerfreundliche Querungsmöglichkeiten.

Zu den größeren geförderten Projekten in der Wilhelmstadt gehört außerdem der Bau einer neuen Sporthalle auf dem Areal der Förderich-Grundschule, die künftig auch für Sportvereine zur Verfügung stehen soll. Zumindest bauvorbereitende Maßnahmen sollen in diesem Jahr beginnen. Und dann gibt es noch Dauerbrenner wie die Querung des Burgwallgrabens oder die DB-Unterführung Klosterstraße ...

Mehr Nachrichten finden Sie auf den folgenden Seiten dieser Ausgabe. us

Was ist ein ISEK?

Entwicklungskonzept für die Wilhelmstadt soll öffentlich vorgestellt werden

Im Jahr 2011 wurden Teile der Wilhelmstadt in das Bund-Länder-Förderprogramm »Aktive Zentren« aufgenommen, außerdem ist sie ein Sanierungsgebiet. Das bedeutet, dass öffentliche Fördermittel vor allem in die Verbesserung des öffentlichen Raumes und der Infrastruktur investiert werden: in Straßen, Plätze, Grünflächen, Spielplätze und Freizeiteinrichtungen, Kitas und Schulen.

Zu Beginn des Prozesses wurden für das Gebiet Entwicklungsschwerpunkte und -ziele formuliert und wichtige Handlungsfelder definiert. Seitdem sind bereits einige Vorhaben realisiert und auf den Weg gebracht worden. Jetzt, sieben Jahre später, soll das Entwicklungskonzept für die Wilhelmstadt aktualisiert und fortgeschrieben werden.

Das »Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept« (kurz: ISEK) wurde vom Stadtplanungsamt, dem Büro KoSP als Gebietsbeauftragten und anderen Prozessbeteiligten entwickelt.

In diesem Jahr soll es den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich vorgestellt werden – vielleicht haben auch die Wilhelmstädter noch wichtige Anregungen und Vorschläge, die Eingang in das Konzept finden sollten ... us

Die Wilhelmstadt im Internet

Neuigkeiten und Informationen über die Wilhelmstadt findet man nicht nur auf dem Zeitungspapier der WILMA, sondern auch – etwas tagesaktueller – im Internet. Das nutzt nicht jede und jeder, aber auch immer mehr ältere Menschen sind dort aktiv. Eine wichtige Internetseite ist beispielsweise www.wilhelmstadt-bewegt.de

Sie informiert im Rahmen des Förderprogramms »Aktive Zentren« über Aktivitäten, Akteure und Veranstaltungen im Gebiet und stellt zudem wichtige Dokumente zur Verfügung und wurde kürzlich neu und übersichtlicher gestaltet.

Auch die Stadtteilvertretung ist mit einer eigenen Website im Internet präsent: Unter www.stv-wilhelmstadt.de findet man viele Informationen zum Gremium selbst, zu den öffentlichen Sitzungen der STV, zur AG Verkehr und zu wichtigen aktuellen Themen.

Unabhängig davon hat sich auf der Internetplattform Facebook eine offene Netzwerkgruppe etabliert, der auch Mitglieder der Stadtteilvertretung Wilhelmstadt angehören. Dort werden aktuelle Themen debattiert. Man findet die Gruppe bei www.facebook.com unter dem Stichwort »Kiez Wilhelmstadt«. Zudem gibt es die bei Facebook auch die Gruppe »Spandau Politik«, bei der man sich anmelden kann und wo Bezirksthemen debattiert werden. us

Neuer Schwung für die Stadtteilvertretung

Seit sich die Stadtteilvertretung Wilhelmstadt (STV) vor fast sieben Jahren aus einer Bewohnerversammlung heraus gründete, ist sie ein wichtiger Akteur im »Aktiven Zentrum Wilhelmstadt«. Das ehrenamtlich arbeitende Gremium vertritt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und trifft sich einmal monatlich zu öffentlichen Sitzungen und beteiligt sich an Debatten zu wichtigen öffentlichen Vorhaben im Gebiet.

Jetzt möchte die derzeitige STV etwas frischen Wind in das Gremium bringen. Sie plant eine öffentliche Veranstaltung im ersten Halbjahr 2018, auf der sie ihre bisherige Tätigkeit und ihre Arbeitsfelder vorstellen wird und sich im Amt demokratisch bestätigen lassen möchte. Außerdem werden neue Mitglieder gesucht, die sich für ihren Kiez engagieren möchten!

Eine Stadtteilvertretung ist eine offizielle Institution im Prozess der Sanierung und des Förderprogramms »Aktive Zentren«. Sie gibt Stellungnahmen und Empfehlungen zu Vorhaben ab, ihre Sprecher nehmen an den regelmäßigen Steuerungsrunden mit allen Prozessbeteiligten teil. Die STV Wilhelmstadt soll ein Forum für alle Bürgerinnen und Bürger sein, sie ist offen für alle Anwohnerinnen und Anwohner, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer sowie Gewerbetreibenden im Gebiet. Die Anzahl der Mitglieder ist grundsätzlich nicht begrenzt. Wer sich engagieren will, ist herzlich willkommen. Eine Stimmberechtigung ergibt sich jedoch erst bei regelmäßiger Teilnahme. Die STV trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat im Stadteilladen um 19 Uhr. us

Fünf Jahre Hin und Her

Es sollte eines der ersten konkreten Vorhaben im AZ-Gebiet Wilhelmstadt sein: die Umgestaltung der DB-Unterführung Klosterstraße zu einem etwas wirtlicheren, helleren und sichereren Durchgang. In diesem Jahr wird das Vorhaben schon sein fünfjähriges Jubiläum feiern. Zunächst mussten viele Zuständigkeiten und technische Details geklärt werden. Auch fehlt noch die Genehmigung der Bahn-AG. Erst wenn die vorliegt, können Verhandlungen mit der Werbefirma Ströer beginnen.



Eine Fahrradstation am Bahnhof?

Der Mangel an Verkehrsingenieuren verzögert die Konzeptentwicklung

Die Abstellmöglichkeiten für Räder am Bahnhof Spandau sind ständig überfüllt, vor allem im Sommer finden sich an der Klosterstraße kaum noch Möglichkeiten, sein Fahrrad sicher abzuschließen. Vor den Spandau Arcaden sollen in diesem Jahr deshalb zusätzliche Fahrradbügel aufgestellt werden, wie das Management des Einkaufszentrums auf Anfrage mitteilte. Das wird aber nicht ausreichen, um das Problem zu lösen.

Am hinteren Ausgang des Bahnhofs ist die Situation aber völlig anders. »Wir bieten in unserem Parkhaus B die Möglichkeit, rund 100 Räder kostenlos abzustellen. Die wird aber leider kaum genutzt«, erzählt Centermanager Andreas Keil. »Offenbar ist vielen Radfahrern der Weg von dort aus zum Bahnhof zu weit.« Möglicherweise ist diese Abstellmöglichkeit aber auch vielen Radfahrern noch unbekannt. Denn bis zum hinteren Eingang des Bahnhofs beträgt der Weg nur etwa hundert Meter, die Regionalbahnen und die S-Bahn in Richtung Berliner Innenstadt sind zudem in den hinteren Wagen oft weniger überfüllt als in den vorderen. Autofahrer jedenfalls nutzen die beiden Parkhäuser der Spandau Arcaden, auch viele Pendler belegen die rund 1400 vorhandenen Stellplätze. Gut ausgelastet ist auch das Parkhaus »Rathaus Spandau«, das von der Firma »Contipark« betrieben wird. Auch dort, direkt hinter dem Rathaus, wäre eigentlich noch Platz für Rad-Abstellanlagen. Der nächste Eingang zu U-Bahn ist nur rund 50 Meter entfernt, auch zu den S-Bahn-Gleisen gelangt man zügig über den kleinen Nebeneingang an der Straße »Stabholzgarten«.

In vielen anderen Städten, beispielsweise in Potsdam, sind an ähnlichen Standorten in den letzten Jahren kommunale »Fahrradstationen« eingerichtet worden, wo man sein Rad in überwachten Räumen sicher abschließen

An Standorten wie dem Parkhaus »Rathaus Spandau« am Stabholzgarten sind in vielen Städten bereits Fahrradstationen entstanden. Auf der Fläche, die ein Auto zum Parken und Rangieren benötigt, könnte man rund zwanzig Fahrradparkplätze einrichten.

kann. Diese sind baulich meist in ein normales Parkhaus integriert – eine Fläche, die zwanzig Autos zum Parken und Rangieren benötigten, reicht dabei für schätzungsweise 400 Fahrradparkplätze. So eine Radstation bietet zusätzlich meist auch die Möglichkeit, die Akkus von Elektrorädern in besonderen Schließfächern aufzuladen. Und oft gibt es dort auch einen von sozialen Trägern betriebenen Reparaturservice, wo sich Beschäftigte in Integrationsprojekten um die Fahrräder kümmern. Die Nutzung der Fahrradstationen ist dabei nicht kostenlos: Meist wird ein Unkostenbeitrag von einem Euro pro Tag verlangt, für eine Jahreskarte sind in der Regel rund 100 Euro fällig, wobei den Besitzern einer Jahreskarte des lokalen Nahverkehrs oft ein Rabatt zugebilligt wird. In Berlin ist man allerdings noch nicht soweit. Zwar sollen bis 2020 in Zehlendorf an vier S-Bahnhöfen vorhandene Rad-Abstellanlagen zu »Doppelstockparkern« ausgebaut und dabei auch abschließbare Fahrradboxen aufgestellt werden. Das ist aber etwas grundsätzlich anderes als eine betreute und überwachte Fahrradstation.

Im vergangenen Sommer hat der SPD-Direktkandidat für Spandau und Nord-Charlottenburg Sven Schulz die für die Trasse des Transrapid freigehaltenen Grünstreifen zwischen dem Fernbahnhof und den Spandau Arcaden ins Gespräch gebracht. Der wird zwar möglicherweise eines Tages für eine Erweiterung des Bahnhofs benötigt und kann daher nicht dauerhaft überbaut werden – diebstahlsichere Ladeboxen und Ladestationen für Elektroräder könnte man seiner Meinung nach aber durchaus installieren. Die Deutsche Bahn-AG zeigte sich gesprächsbereit, kann sich aber nur eine Zwischennutzung für zehn Jahre vorstellen. Der zuständige Bezirksstadtrat Frank Bewig (CDU) glaubt, dass sich in diesem Jahr einiges klären wird, und kann sich ein Pilotprojekt für eine Fahrradstation am Bahnhof gut vorstellen: »Die Flächen, um die es geht, gehören aber nicht dem Bezirk, da sind Verhandlungen mit den Eigentümern notwendig. Es wird eine Aufgabe der neuen infraVelo GmbH sein, hier ein Konzept zu entwickeln und abzustimmen.« Die neue Tochtergesellschaft der landeseigenen Grün Berlin GmbH soll sich nicht nur um Radschnellverbindungen und überbezirkliche Radverkehrsanlagen kümmern, sondern auch um zentrale Fahrradparkhäuser- und Abstellanlagen. »Da ist im Augenblick vieles in Bewegung, aber es geht natürlich alles nicht so schnell, wie wir es uns wünschen, vor allem weil es schwierig ist, Fachleute für die Verkehrsplanung zu finden.« Der Bezirk habe es immerhin schon geschafft, Anfang Januar eine von zwei Stellen zu besetzen, die für Fahrradbelange eingerichtet worden sind: »Die zweite wird jetzt zum vierten Mal ausgeschrieben«, so Bewig. Auch die infraVelo GmbH sucht noch Bau- und Verkehrsingenieure, unter anderem für die »Projektentwicklung, -koordination und -steuerung« im Themenbereich Fahrradparken. cs



Nässe, Schimmel, Ratten

Eigentümer und Hausverwaltung der Adamstraße 17 verweigern dringend notwendige Instandsetzungsmaßnahmen



An der Hauswand zeugen Wasserflecken von aufsteigender Nässe. Im Treppenhaus blättert feuchtigkeitsbedingt die Farbe von der Decke. Die Mieter der Adamstraße 17 sind alarmiert: »Wenn das so weitergeht, erreicht die Nässe bald die Hauselektrik, und dann wird es hier finster.« Die Wohnungen im Erdgeschoss des Seitenflügels stehen leer, blickt man durch den Briefschlitz, sieht man schwarzen Schimmel an den Wänden.

Die Feuchtigkeit kommt nicht nur von unten: Dächer und Regenrinnen sind undicht, bei Regen kam es schon zu enormen Wasserschäden im Haus.

Mieter führen uns auf den Dachboden, der früher mal als Lagerraum diente. Heute ist dort alles aufgerissen, der einst stabile Boden durch wacklige Holzplanken notdürftig »ersetzt«. Gerümpel steht herum, ein alter Kühlschrank, Planen, alte Farbeimer, eine Wäscheleine zieht sich durch den Raum. Manchmal nächtigen Obdachlose hier, erzählen die Mieter.

Die Adamstraße 17 ist ein typisches Berliner Gründerzeit-Mietshaus: ein Vorderhaus mit zwei Gewerbeeinheiten im Erdgeschoss, Seitenflügel, Hinterhaus. Dem Hof merkt man an, dass er durchaus mit Liebe begrünt wurde.

Doch seit ca. vier Jahren hat sich die Situation für die Mieter gründlich verändert. »Der alte Eigentümer«, sagen die Mieter, »hing wirklich noch an diesem Haus. Der kam alle zwei Tage vorbei und sah nach dem Rechten, und wenn etwas zu reparieren war, schickte er sofort Handwerker.« Doch

nach dem Tod des Alteigentümers wurde die Adamstraße 17 vor vier Jahren verkauft. Neue Eigentümerin ist die Skladmann Vermögens- und Beteiligungs-GmbH. Verwalter ist die Idema Hausverwaltung GmbH.

2015 beantragten die neuen Eigentümer bei der Sanierungsverwaltung des Bezirks den Ausbau des Dachgeschosses samt den darunterliegenden Wohnungen zu Maisonettewohnungen. Der wurde ihnen auch genehmigt. Abbrucharbeiten begannen im Dachgeschoss – und wurden plötzlich wieder eingestellt. Seither ist der Dachboden in seinem jetzigen Zustand, die Wohnungen darunter stehen leer. Im Vorderhaus und Seitenflügel gab es bereits erhebliche Wasserschäden.

Die Eigentümer und die Hausverwaltung würden nicht mal die notwendigsten Instandsetzungsmaßnahmen am Haus vornehmen lassen, so die Mieter. Nicht mal mehr Anrufe würden entgegengenommen, jegliche Kommunikation verweigert. Eine Mieterin saß vor zwei Jahren im November wochenlang im Kalten, weil die Heizung defekt war und nicht repariert wurde. Bei einem anderen Mieter ist seit Oktober der Durchlauferhitzer defekt, doch die Verwaltung weigerte sich, ihn auszutauschen.

Die Mieter, die schon seit Jahren hier leben, vermuten deshalb, dass die Eigentümer sie schlicht und einfach aus dem Haus haben wollen, um nach einer Luxusmodernisierung die Wohnungen teuer vermieten oder verkaufen zu können. Die Altmietler zahlen bislang noch sehr moderate Mieten. Sie wissen aber auch von Neuvermietungen im Haus, die einem ganz anderen Muster folgen.

Demnach wurden leere oder frei werdende Wohnungen gern an große Flüchtlings- oder osteuropäische Zuwandererfamilien vermietet, doch weniger aus karitativen Gründen: So teilen sich bis zu sieben oder acht Personen eine 50 Quadratmeter große Anderthalb-Zimmer-Wohnung, und das zu horrenden Preisen: Von ca. 1000 Euro nettokalt monatlich ist die Rede, zuzüglich monatlicher kalter Betriebskosten von ca. 400 Euro. Stimmt das, wären das stattliche Mietkosten von fast 30 Euro pro Quadratmeter bruttokalt. Mit den neuen Mietern tauchte allerdings auch ein neues Problem auf: Müllberge türmten sich, und zwar nicht nur in den dafür vorgesehenen Tonnen, sondern auch drumherum. Das wiederum lockte Ratten und anderes Ungeziefer an. Da die Hausverwaltung auf zahlreiche Benachrichtigungen nicht reagierte, informierten die Hausbewohner schließlich den zuständigen Bezirksstadtrat für Gesundheit, Frank Bewig, über die unhaltbaren Zustände, der wiederum das bezirkliche Gesundheitsamt einschreiten ließ. Das beauftragte den Eigentümer, sofort den Hof beräumen zu lassen (was dann auch geschah) und schickte einen Schädlingsbekämpfer, der Köder auslegte. Nun informieren rote Aufkleber an den Eingangstüren über das ausgelegte Gift.

Weiterhin ungelöst ist das Problem der sich ausbreitenden Nässe im Gebäude. Nun will die Bau- und Wohnungsaufsicht des Bezirks vor Ort die Schäden in Augenschein nehmen.

PS: Die Bauaufsicht war vor Ort, woraufhin der Müll beräumt und das Treppenhaus gemalert wurden. Nach Redaktionschluss fand ein gemeinsamer Begehungstermin statt.



Milieuschutz für die Wilhelmstadt?

Fälle wie in der Straßburger oder der Adamstraße befeuern die Debatte

Der Fall ging Anfang Januar durch die Medien: Insgesamt 43 Mietparteien einer Wohnanlage aus den 1920er Jahren in der Straßburger Straße 27a–30 und am Spandauer Burgwall 7 erhielten kurz vor Weihnachten Modernisierungsankündigungen mit Mieterhöhungen von 75%. Die fünf Häuser waren zuvor vom alten Eigentümer verkauft worden, der neue Besitzer, die Berliner Anton Schmittlein Construction GmbH, will jetzt die Wohnungen modernisieren und sie anschließend als Eigentumswohnungen veräußern. Die Mieter wandten sich an den Mieterverein und an die Presse; Tagesspiegel und Abendschau berichteten.

Auch in der Adamstraße 17 sind die Mieter beunruhigt (siehe Seite 7) – und nicht nur dort: Schwappt jetzt die Welle von Modernisierungen und Umwandlungen aus den zentralen Gebieten Berlins nach Spandau und in die Wilhelmstadt? Es spricht einiges dafür: Auch in Spandau vervielfachten sich die Grundstückswerte in den vergangenen Jahren – in der Wilhelmstadt etwa verdreifachten sie sich zwischen 2010 und 2017, wie die Karte der Bodenrichtwerte des Berliner Geoportals »Boris« ausweist. Ende Februar werden die neuen Daten für den Stichtag 1. Januar 2018 erwartet – und es spricht nichts dafür, dass der Trend der vergangenen Jahre gebrochen ist: Wahrscheinlich haben sich die Bodenwerte im laufenden Jahrzehnt inzwischen sogar vervierfacht. Wer also jetzt ein Haus in Spandau erwirbt, der muss für das Grundstück, auf dem es steht, tief in die Tasche greifen. Entsprechend steigt der Druck, die Erträge aus der Bewirtschaftung zu erhöhen und die Mieten kräftig zu steigern.

Viele Berliner Bezirke haben auf diese Entwicklung reagiert und besonders betroffene Gebiete unter sogenannten »Milieuschutz« gestellt. Auch Spandau diskutiert derzeit über solche Schritte. Dabei werden für einzelne, fest umrissene Gebiete »soziale Erhaltungssatzungen« erlassen, die bestimmte bauliche Maßnahmen wie Abriss oder Modernisierungen genehmigungspflichtig machen und nur unter bestimmten Bedingungen zulassen. Das besondere Städtebaurecht ermöglicht dies den Kommunen, wenn »die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen erhalten werden soll«.

In diesen Gebieten gilt zudem die »Umwandlungsverordnung«, die der Senat im Jahr 2015 erlassen hat und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten nur unter besonderen Bedingungen zulässt. Darüber hinaus haben die Kommunen dort ein besonderes Vorkaufsrecht, das vor allem der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften im vergangenen Jahr mehrfach eingesetzt hat. Dabei haben die Käufer der Immobilien auch die Möglichkeit, das Vorkaufsrecht abzuwenden, wenn sie sich zu einem klar definierten mieterfreundlichen Verhalten verpflichten: etwa die Mieten nach einer Modernisierung in einem bestimmten Rahmen zu halten. Läge die Straßburger Straße also in einem Milieuschutzgebiet, hätte sich die dort geplante Modernisierung und Umwandlung zumindest in einem mieterfreundlicheren Rahmen halten lassen können.

Doch Milieuschutzgebiete lassen sich nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln. Um sie festzulegen, müssen zuvor ausführliche Untersuchungen und Sozialstudien erstellt werden. Es muss nachgewiesen werden, dass die soziale Zusammensetzung in den Gebieten tatsächlich gefährdet ist und dadurch auch die dortige kommunale Infrastruktur – z.B. Schulen, Kitas, Senioreneinrichtungen – bedroht ist. Das dürfte in Spandau nicht überall möglich sein: In der Einflugschneise von Tegel etwa liegt klar auf der Hand, dass sich dort nach der Schließung des Flughafens der Druck auf den Wohnungsmarkt sehr verstärken wird. Zur Begründung eines Milieuschutzgebietes reicht das aber nicht aus, dazu muss man nachweisen, dass die Verdrängung tatsächlich schon eingesetzt hat. Ein Antrag der Linken in der BVV Spandau, sofort den ganzen Bezirk flächendeckend einem »Grobcheck« zu unterziehen, um mögliche Milieuschutzgebiete zu identifizieren, liegt daher seit letztem März im zuständigen Ausschuss. SPD und Grüne unterstützen den Antrag zwar – um angenommen zu werden, benötigt er aber auch Stimmen der anderen Parteien CDU, FDP oder AfD. Immerhin wurde er aber auch noch nicht abgelehnt.

Die Chancen, dass zumindest in der Wilhelmstadt in den kommenden Jahren Milieuschutzgebiete entstehen, sind daher gar nicht so schlecht. Immerhin entfalten solche Nachrichten wie die über die Straßburger Straße einen enormen politischen Druck. Der Artikel im Tagesspiegel war Anfang Januar in seiner Online-Ausgabe einer der meistkommentierten: Auch die Bezirkspolitik wird sich positionieren müssen. cs



Betr.: Gaststätte für Siemensangehörige

In der letzten WILMA-Ausgabe (6/2017) hatten wir eine Leserfrage veröffentlicht, die das ehemalige Restaurant für Siemens-Mitarbeiter auf der Landzunge Siemenswerder betraf. Etliche Leserinnen und Leser konnten sich noch daran erinnern. Uns erreichten mehrere Leserbriefe, die wir hier veröffentlichen.

Guten Tag Frau Steglich, ich nehme Bezug auf die »WILMA« von Dezember/Januar. Der Leser Wolfgang Prügel entsinnt sich richtig: Siemens hatte etwa 1954/55 für seine Mitarbeiter eine Freizeitstätte eingerichtet und später ein Bootshaus gebaut (das Areal wird heute von der Schele-Schule genutzt). Es war auch ausschließlich Betriebsangehörigen vorbehalten (wie ja auch die von der BVG am Brandensteinweg betriebene).

Vorher wurde dort ein Restaurant betrieben, der »Königgrätzer Garten«. In dem weitläufigen Garten konnte man zu Pfingsten 1952 zelten ...

Es gab dann einen weiteren Betreiber, der für seinen Dampfer den Anleger nutzte. Dieses Schiff ist später in den Museumshafen überführt worden.

Daran anschließend hatte die britische Besatzungsmacht bis zum Abzug der Alliierten einen Paddelclub, dessen Strand davor heute Hundestrand ist. Die dort beheimateten Paddler fuhren dann gern krachend ins Schilf gegenüber, vor der »Alten Liebe«, das sich davon kaum wieder erholt hat ...

Mit vielen guten Wünschen grüßt ganz herzlich Ingeborg Fahrentz

(P.S. »WILMA« ist uns jedes Mal eine Freude, wird gründlich gelesen, auch der Nachbarin in den Kasten gesteckt.)

Liebe Redaktion, die Gebäude am Ende des Siemenswerder Weges, welche derzeit von der privaten Schele-Schule genutzt werden, waren tatsächlich ein Ausflugsrestaurant, nur für Siemens-Mitarbeiter. Als Kind und Jugendliche war ich regelmäßig mit meinen Eltern dort. (Nach meiner Erinnerung in den 50er und 60er Jahren, ich bin Jahrgang 1944.)

Ich weiß, dass meine Mutter, sie war eine Mitarbeiterin in der Siemens-Werkbücherei, im Restaurant immer ihren Siemens-Mitarbeiter-Ausweis zeigen musste. Wann dieser Mitarbeiter-Service beendet wurde, weiß ich nicht.

Freundliche Grüße von Jutta Schöler

Sehr geehrte Damen und Herren, In der Wilma Dezember 2017 / Januar 2018 wird in einem Leserbrief betr.: »Landzunge Siemenswerder« angefragt, ob dort ein Restaurant für Siemensangehörige war. Ja, dort befand sich ein Restaurant für Siemensangehörige.

Mein Vater war Siemensangehöriger und wir sind immer mit Kollegen meines Vaters und Familien am 3. Pfingstfeiertag – damals hatten die Siemensangehörige frei – dort hingefahren mit der Straßenbahn.

1976 hatte ich dort eine Betriebsfeier von Siemens, wo ich zur damaligen Zeit angestellt war. Dann wurde es irgendwann geschlossen.

Mit freundlichen Grüßen, Evelyn Gründer

Ja, ich kenne diese Landzunge und Siemenswerder ganz gut. Ich war von 1951–1991 bei Siemens tätig im Schaltwerk und Messgeräte-Werk. Daher waren wir oft im Restaurant Siemenswerder. Am Eingang zu diesem Gebäude stand ein Rentner von Siemens, dem musste man den Betriebsausweis zeigen, danach durfte man das Gebäude betreten mit PKW-Parkplatzzuweisung.

Im Restaurant gab es täglich warmes Essen sowie Kaffee, Kuchen und Getränke. Man suchte sich einen Platz unter Kastanienbäumen oder bei schlechtem Wetter im Restaurant. Von dort hatte man einen tollen Blick auf den Stößensee und konnte das Treiben auf dem Wasser verfolgen. Mit bekannten Arbeitskollegen konnte man auch private Gespräche führen. Also man verbrachte schöne und erholsame Zeit auf diesem Gelände.

Nebenan befanden sich der Siemens-Ruderverein und daneben ein Club nur für britische Angehörige. Ein Stück weiter war eine öffentliche Badestelle, danach wanderte man bis zur Siemenswerder-Spitze, wo die Havel in die Scharfe Lanke fließt, Richtung Wannsee. – Es war eine schöne Zeit, heute bleibt die Erinnerung.

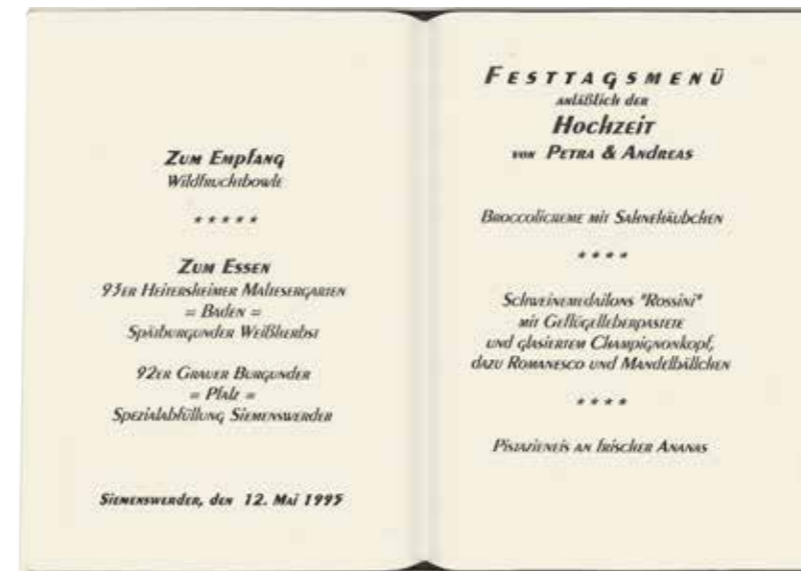
Mit freundlichen Grüßen, Thomas Lang

Jetzt als alter Siemenspensionär (fast 92 Jahre alt) fliegen die Gedanken in schöner Erinnerung zurück. Es liegt 50 Jahre zurück, da waren wir, Eltern mit zwei Kindern, auch gern in Siemenswerder. Zunächst wurde der Siemensaussweis verlangt, evtl. war noch auf dem Gelände ein Stellplatz fürs kleine Auto zu haben. Jetzt der übliche Gang ums Anwesen: links ein schönes Holzhaus, offen für den Sommer, Kaffee trinken, Boote gucken und genießen. Es gab auch eine kleine Badestelle, die sehr gern von allen Kindern genutzt wurde. Dann der große lichte Saal, nach allen Seiten Wasser, richtung Schildhorn, die breite Havel und natürlich viel Wassersport.

Des Öfteren hat uns Besucher auch der Siemens-Chor mit schönen Liedern überrascht.

Die Siemenspensionäre kamen gern zur Mittagszeit, man kannte und traf sich. Nach Tisch wurden Karten gespielt und geplaudert, am Spätnachmittag trat man den Heimweg am Waldrand zur Heerstraße an. Wer motorisiert war, blieb nicht selten noch zum Abendessen. Wenn dann die Küche kalt war, wurde die »Küchenperle« mitgenommen bis zur Haltestelle Heerstraße. Unser Besuch aus Westdeutschland war immer wieder total begeistert, der Küchenrenner für uns war immer wieder Kartoffelsalat und gebratenes Schollenfilet.

Mit freundlichen Grüßen, Alfons Stange



Hochzeitsmenü im Restaurant Siemenswerder

Betr.: Franzstraße »Nr. 3«

Sogar zu der schwierigen Frage eines Lesers, warum es eigentlich keine Franzstr. Nr. 3 gibt, erreichte uns eine Antwort. Frau Eva Eichler, Stadthistorikerin und in der Adamstraße wohnend, hat sich auf Spurensuche begeben und bekam folgende Antwort von Andreas Matschenz, Mitarbeiter des Landesarchivs Berlin (Eichborn-damm 115–121):

Sehr geehrte Frau Eichler, besten Dank für Ihre Anfrage! Anbei ein Ausdruck aus unserem Internet-Angebot »Histo-Map Berlin«, auf dem Sie gut erkennen können, dass es die Franzstraße 3 sehr wohl gegeben hat bzw. zwischen 1928 und 1930 dann aus der Hausnummer 1 die Hausnummer 3 wurde. Sehr wahrscheinlich wurde dies im Zuge des Wohnungsneubaus in dieser Zeit vorgenommen, was ich leider nicht mit einer Akte aus unseren Beständen hier belegen kann. (...)

Betr.: Diverses

Doch auch zu anderen Themen erreichten uns freundliche Leserbriefe mit vielen guten Weihnachts- und Neujahrswünschen und vor allem Wünschen fürs Weitermachen, für die wir herzlich danken!

Ich lese die WILMA und habe Ihr Statement gegen Rassismus in der Ausgabe 6/2017 gelesen. Vielen Dank für Ihre klare Haltung und Abgrenzung gegen Rassisten. Bleiben Sie stark und noch viel Erfolg wünscht Ihnen

Stefan R.

Wilma danke!

Sehr geehrte Frau Steglich, hoffentlich dürfen Sie und Ihre Mitarbeiter/Innen WILMA auch 2018 wieder herausbringen. Jedes Mal habe ich viel Freude an der Zeitung. Meine Schwester wohnt in der Wilhelmstadt. Da haben wir viel zu besprechen und wir freuen uns immer über das neue Heft. Danke.

R. Römpke

Sehr geehrte Damen und Herren, endlich »fand« ich am Samstag beim Einkauf die neueste Ausgabe. Ich habe sie wieder »verschlungen«, so interessant fand ich alle Beiträge. Vielen Dank. Hoffentlich haben Sie den Zuschlag zum Weitermachen bekommen.

Mit freundlichen Grüßen, I. Schwarz

Fortbestand des Ortsteilmagazins WILMA

Auf diesem Wege möchte ich Ihnen und Ihrem Team gegenüber meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, derzufolge das Ortsteilmagazin WILMA in Ihrer Regie bestehen bleiben möge!

Das informative und unterhaltsame Magazin sollte auf jeden Fall das gesellschaftliche Leben »vor Ort« weiterhin unterstützen dürfen, denke ich!

Mit solidarischem Gruß, Ulrich Barkow

Betr.: Franzstraße »Nr. 3«

Aber auch andere Themen gaben Anlass für Leserbriefe – Themen, die viele Spandauer im Alltag beschäftigen. Bspw. Busverbindungen wie der X34 oder auch der 638.

Direktverbindung Spandau–Potsdam zerstückelt

Der Bus 638 war eine komfortable Direktverbindung Spandau Altstadt – Wilhelmstadt – Groß Glienicke – Potsdam Altstadt, die sehr stark angenommen wurde. Sie ist deshalb in den letzten Jahren verbessert worden, der Takt wurde verdichtet und die Fahrstrecke verkürzt. Die Verbindung über Seeburg entfiel. Jetzt ist diese schnelle Busstrecke gebrochen worden, d.h., die Fahrgäste müssen durch den Weiterbau der Straßenbahnlinie an deren Endstation »Campus Jungfernsee« umsteigen, derzeit noch einer windigen Brache. Wer dann allerdings auch noch innerhalb von Potsdam umsteigen muss, für den verlängert sich die Fahrzeit häufig noch einmal, z.B. in Richtung Kirschallee plus 16 Minuten Wartezeit.

Wir fragen uns, wer auf eine solche Idee kam, eine direkte Busverbindung über die Landesgrenze hinweg nicht bis zu einem wirklich vernünftigen Umsteigepunkt in den beiden Städten zu führen? Es war überaus vernünftig, den Spandauer Bahnhof direkt mit dem Hauptbahnhof Potsdam zu verbinden, auch z.B. für die Fahrgäste aus Groß Glienicke. Das Argument, dass man damit die Altstadt Potsdams vom Busverkehr entlasten möchte, ist doch wohl eine Farce. Für wen soll denn diese Entlastung gedacht sein, für den privaten Individualverkehr? Ist eventuell der wahre Grund, dass derzeit mit der neuen Straßenbahn 96 ab Campus Jungfernsee kaum jemand fährt, wenn man die Fahrgäste nicht dazu nötigen würde? Das ist keine kundenorientierte Angebotsgestaltung!

Christiane und Bernd Herzog-Schlagk, 13595 Berlin, FUSS e.V.-Spandau

Betr.: Gefahrenstelle

Und der Leser Torsten Groh machte uns auf eine Gefahrenstelle für Fußgänger aufmerksam: nämlich auf der Treppe von der Schulenburgbrücke Richtung Feuerwache. Dort klaffe in der Mitte ein größeres Loch. »Die Treppen sind eine Gefahr«, sie müssten saniert werden. »Der Treppenabsatz bricht irgendwann ein.«

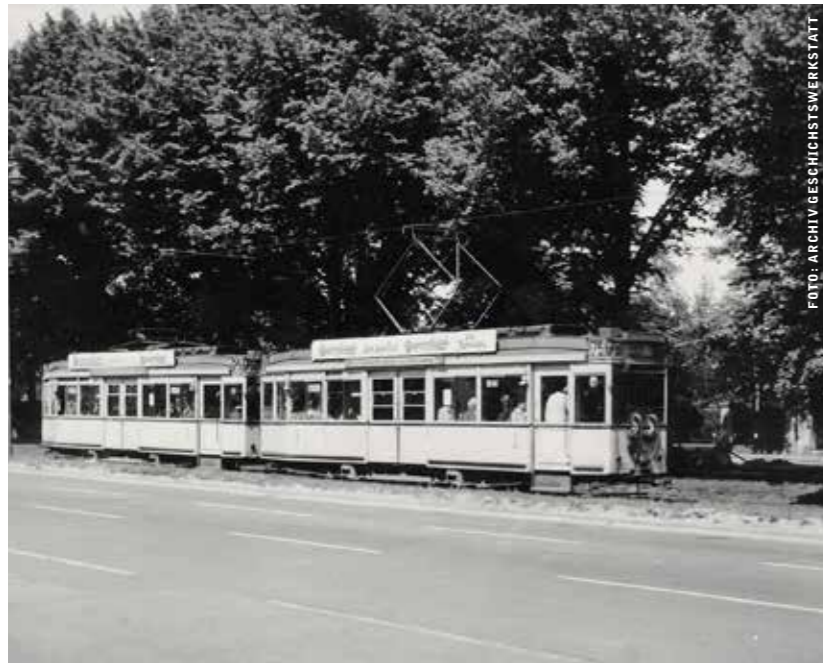


FOTO: ARCHIV GESCHICHTSWERKSTATT

Der Ruf nach der Straßenbahn

Spandau erstickt immer mehr im Verkehr

Der Verkehr in Spandau wird immer dichter. Der Bezirk ist in diesem Jahrzehnt um mehr als 25.000 Einwohner gewachsen, und weil zudem die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgeht, wird auch der Berufsverkehr Jahr für Jahr immer stärker. In den morgendlichen Staumeldungen ist Spandau deshalb stets prominent vertreten. Und wer am Morgen den Bus nehmen will, macht oft die Erfahrung, auch ohne Rollator oder Kinderwagen draußen zu bleiben, weil drinnen auch mit noch so viel Gequetsche kein Platz mehr vorhanden ist.

Mitglieder der »Initiative Spandauer Tram« berichteten kürzlich, wie viele Passagiere auf einer Busfahrt vom Falkenhagener Feld bis zum Rathaus Spandau in der morgendlichen Stoßzeit draußen bleiben mussten: »Es waren über fünfzig«, erzählt ihr Sprecher Manfred Kurt Vormelker, »und ich bin mir nicht so sicher, ob die alle im nächsten Bus untergekommen sind. Denn der war ja genauso voll wie unserer.« Der öffentliche Nahverkehr im Bezirk ist an seinen Kapazitätsgrenzen angekommen. Mehr Busse lassen sich kaum einsetzen, allein schon, weil die Haltestelle »S+U Rathaus Spandau« im Berufsverkehr keine zusätzlichen Busse mehr aufnehmen kann. Und über diesen zentralen Knotenpunkt verlaufen alle wichtigen Buslinien westlich der Havel. Das könnte sich erst ändern, wenn die S-Bahn verlängert wird und zwischen dem Bahnhof Spandau und dem Bahnhof Albrechtshof ein oder zwei neue S-Bahnhöfe entstehen. Zu diesen könnten dann zusätzliche Buslinien führen, die die Bewohner des Falkenhagener Feldes und Staakens einschließlich des Gebiets Heerstraße-Nord zur S-Bahn bringen und dadurch den Knoten am Rathaus entlasten würden. Aber bis zur Verlängerung der S-Bahn wird noch viel Zeit vergehen. Immerhin gibt es dazu seit Ende November

2017 den Lenkungsreis »i2030« Berlins und Brandenburgs sowie der Deutschen Bahn. Das »i« steht dabei für »Infrastruktur des Schienenverkehrs«, das Jahr 2030 verweist auf die Langfristigkeit der dort besprochenen Vorhaben. Langfristig wird Spandau aber weiterhin wachsen, besonders stark in der Region zwischen Wasserstadt und Saatwinkler Damm, also in der westlichen Einflugschneise des Flughafens Tegel. Dort sind mehrere neue Wohngebiete mit zusammen über 10.000 Wohnungen in Planung. Man muss aber davon ausgehen, dass auch andersorts die Bevölkerung zunimmt: Nicht nur, weil auch dort neu gebaut wird, sondern vor allem, weil bei steigenden Mietpreisen die bereits vorhandenen Wohnungen zunehmend dichter belegt werden.

Deshalb rückt die Straßenbahn wieder stärker ins Zentrum der Debatte. Eine Tram kann wesentlich mehr Fahrgäste transportieren als ein Bus und ist deshalb deutlich effektiver. Darüber hinaus lässt sich bei neu eingerichteten Tramstrecken regelmäßig das Phänomen des »Schienenbonus« beobachten: Meist nutzen deutlich mehr Fahrgäste die neue Straßenbahn als vorher prognostiziert, auch bei der neuesten Tramstrecke zum Hauptbahnhof wurde das wieder beobachtet. Offenbar schafft es die Straßenbahn, mehr Autofahrer zur Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs zu motivieren als der Bus – vermutlich, weil sich die Streckenführung der Tram viel einfacher einprägen lässt.

Die Spandauer SPD diskutiert derzeit intensiv über das Thema. Im Dezember hat sie auf ihrer Kreisdelegiertenkonferenz beschlossen, sich dafür einzusetzen, den »schienegebundenen ÖPNV« in Spandau auszubauen. Bis zum Sommer sollen dazu konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden, von einem Arbeitskreis unter dem Vorsitz von Daniel Buchholz, dem Sprecher der Berliner SPD-Fraktion für Stadtentwicklung, Umwelt und Klima und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz im Abgeordnetenhaus. »Die Straßenbahn spielt eine große Rolle in unseren Debatten«, erklärt er, »nicht nur, wenn es um die Wiederinbetriebnahme der alten Siemensbahn in der Siemensstadt geht, sondern auch darüber hinaus.« Konkreter will er aber noch nicht werden: »Die Diskussion ist noch in vollem Gang.« Auch in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz gibt man sich vorerst noch bedeckt: »Der Koalitionsvertrag sieht vor, das Straßenbahnnetz von Osten nach Westen zu entwickeln«, so heißt es in einer Antwort auf unsere Presseanfrage. »Kurzfristig sind keine Straßenbahn-Neubaustrecken in Spandau vorgesehen. Aber einzelne Buslinien sind an ihrer Kapazitätsgrenze oder schon darüber hinaus, so dass sich die Frage nach einer Straßenbahn stellen könnte. Eine Voraussetzung hierfür wäre ein Straßenbahnbetriebshof, um eine Insellösung betreiben zu können.« Für einen solcher Hof böte sich ein Teil des Geländes des jetzigen Bus-Betriebshofes in der Wilhelmstadt an, da mit der Einführung der Tram in Spandau ja auch weniger Busse benötigt und dort Kapazitäten frei würden. Eine der ersten neuen Straßenbahnen würde dann folglich durch die Wilhelmstadt führen. cs

Einbindung über Nachbarschaften

»BENN« unterstützt die Integration von Flüchtlingen im Stadtteil



TANJA SCHNITZLER

In das Ladenlokal Adamstraße 40, gleich neben den Stadtteil-laden, ist im letzten Herbst ein neuer Nutzer eingezogen. Dort, wo bis vor kurzem noch Fernsehgeräte verkauft und repariert wurden, hat jetzt das Projekt »BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften« sein Domizil in der Wilhelmstadt gefunden. Finanziert über die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, soll es die Integration von Flüchtlingen im Stadtteil unterstützen.

Herr Iren vom Spandauer Fernsehdienst repariert weiter TV-Geräte und steht seinen Kunden noch unter seiner alten Telefonnummer zur Verfügung, er muss aus gesundheitlichen Gründen kürzer treten und arbeitet jetzt von seiner Werkstatt aus weiter. Bei BENN sucht indessen ein multikulturelles Team den Kontakt zu den Nachbarschaften der Wilhelmstadt. Hier leben derzeit etwa 2000 Flüchtlinge: die meisten in der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne, aber auch jeweils mehrere Hundert in den beiden Unterkünften Pichelswerder Straße und Oberhafen. Die konkrete Arbeit von BENN soll sich an die Erfahrungen der Berliner Quartiersmanagement-Gebieten anlehnen – in Spandau sind das das Falkenhagener Feld West und Ost, die Heerstraße und die Neustadt. Auch dort wird der nachbarschaftliche Zusammenhalt unterstützt, allerdings mit dem Ziel, dem Gefühl des allgemeinen Niedergangs sozialer Strukturen entgegen zu wirken und die Energien der Anwohner für das Funktionieren des örtlichen Umfeldes zu mobilisieren. Nun hat auch die Wilhelmstadt sicherlich ihre Probleme – ein Mangel an nachbarschaftlicher Aktivität gehört aber definitiv nicht dazu. Die Aufgabenstellung von BENN ist deshalb eine andere:

Es geht darum, die Nachbarschaften dabei zu unterstützen, die im Gebiet lebenden Flüchtlinge in ihre Aktivitäten einzubinden.

Das Bundesbauministerium hat dazu im vergangenen Jahr den »Investitionspakt Soziale Integration im Quartier« aufgelegt und stellt dazu jährlich bundesweit rund 200 Millionen Euro bereit. Die Länder schießen noch einmal ein Drittel der Summe hinzu, in Berlin stehen somit rund 13 Millionen zur Verfügung. Ein Teil davon wird für BENN eingesetzt, um die Nachbarschaften in Gebieten zu stärken, in denen besonders viele Flüchtlinge untergekommen sind. In Berlin sind insgesamt zwanzig BENN-Standorte vorgesehen, in Spandau neben der Wilhelmstadt auch noch das Falkenhagener Feld. Ein großer Teil der Investitionsfördermittel wird jedoch für bauliche Maßnahmen eingesetzt, in der Wilhelmstadt soll damit zum Beispiel die Freizeitsportanlage Südpark erneuert werden.

Helfen kann BENN zum Beispiel bei sprachlichen Verständigungsproblemen. Ein arabischer Muttersprachler gehört direkt zum Wilhelmstädter Team, andere Sprachmittler können bei Bedarf hinzugeholt werden. Es geht aber auch um die Vermittlung bei kulturellen Differenzen. So ist zum Beispiel unser Verständnis von einem Kindergeburtstag vielen anderen Kulturen oft fremd. Wir feiern ihn ja inzwischen immer häufiger als eine Art Nachbarschaftsfest, wobei wir ab einem gewissen Zeitpunkt auch die Eltern der Kita- oder Schulfreunde unserer Kinder einladen, um sie kennen zu lernen. In anderen Kulturen wird er, wenn überhaupt, aber meist als Familienfest begangen, wozu man oft nicht Geschenke, sondern Essen mitbringt.

Christine Döbler, die Leiterin des Wilhelmstädter BENN-Teams, sieht daher in der Aufklärung bei solchen kulturellen Differenzen einen Teil ihrer Arbeit. »Ein anderer Teil ist zum Beispiel der Sport. Da wissen viele der Geflüchteten, es sind ja ziemlich viele junge Männer darunter, oft gar nicht, dass auch sie in einen Sportverein eintreten können. Darauf wollen wir deshalb in den Unterkünften hinweisen.« Wenn Sportvereine zum Beispiel Feste veranstalten, kann BENN das auch in den Unterkünften bekannt machen. »Da reicht es meist nicht, ein Plakat aufzuhängen, sondern man muss die Menschen direkt ansprechen.«

Das Projekt steht dabei aber noch ganz am Anfang. Wohin sich konkret die Arbeit entwickeln wird, steht daher noch offen. Christine Döbler, die erst Anfang des Jahres eingestiegen ist, kann sich zum Beispiel auch gut die Einrichtung eines interkulturellen Gemeinschaftsgartens vorstellen. Aber auch andere Schwerpunkte sind vorstellbar: Wer eine Anregung hat, kann gerne in der Adamstraße 40 vorbeischauen. Das Büro ist werktags meist bis ca. 16 Uhr geöffnet und telefonisch unter der Nummer 030 / 49 95 19 10 zu erreichen. cs



Testlauf für die Abhängung

Ab Februar soll, wie bereits angekündigt, die probeweise Abhängung der westlichen Weißenburger Straße stattfinden. Seit etwa einem Jahr liegt der Vorschlag zum Umbau der Kreuzung Pichelsdorfer / Weißenburger Straße vor. Ein wesentlicher Teil ist die Überlegung, die Durchfahrtsmöglichkeit Weißenburger Straße auf der westlichen Seite zu schließen.

Die Maßnahme ist Bestandteil des Umbaus der Pichelsdorfer Straße mit dem Ziel, diese attraktiver zu machen. Durch die Abhängung der Weißenburger Straße wird der Kreuzungsbereich übersichtlicher und sicherer, der Verkehr kann schneller abfließen, wodurch günstigere Ampelphasen möglich werden. Für Fußgänger werden die Wege kürzer, der Bürgersteig kann attraktiver gestaltet werden. Eine entsprechend umgestaltete Kreuzung bräuchte beispielsweise auch nicht mehr mit Absperrgittern eingerahmt werden. Gleichzeitig sollen Schleichverkehre durch das Gebiet unterbunden werden. Davon sollen sowohl Anwohner wie auch die Gewerbetreibenden profitieren.

Dieser Eingriff ist nicht unerheblich. Daher wird die Abhängung zunächst für 6 Monate probeweise erfolgen, damit die Auswirkungen hinsichtlich möglicher Vor- und Nachteile geprüft und abgewogen werden können.

Mitternachtssport e.V. erneut ausgezeichnet

Das Spandauer Projekt Mitternachtssport e.V. hat es nun sogar bis nach Europa geschafft: Im Januar zeichnete die EU-Kommission das Spandauer Integrations- und Präventionsprojekt Mitternachtssport e.V. mit dem »BeInclusive EU Award« aus.

Das Projekt besteht seit 2007, seinen Ursprung hat es in der Spandauer Wilhelmstadt, wo es aus dem Kinder- und Jugendprojekt SJC Wildwuchs hervorging. Mehrere Jahre hatte der »Mitternachtssport« dann sein Büro im Stadteilladen Adamstraße, bevor die stetig wachsende Nachfrage und weitere Einsatzfelder größere Räumlichkeiten notwendig machten, die der Verein schließlich in der Altstadt fand.

»Mitternachtssport« bietet Kindern und Jugendlichen kostenlose Sportangebote, beispielsweise spätabendliches Fußballtraining in Sporthallen. Ziel der Arbeit ist es, gemeinsam mit Sozialpädagogen den Kindern und Jugendlichen vor allem Werte wie Respekt, Toleranz und Fairplay zu vermitteln. Wir gratulieren zum verdienten Preis!

Aktiv bleiben und Kontakte knüpfen – im bezirklichen Ehrenamt

Haben Sie freie Zeit, in der Sie sich für den Bezirk engagieren und soziale Kontakte knüpfen möchten? Das Bezirksamt Spandau von Berlin, Amt für Soziales, sucht Verstärkung für seine ehrenamtlichen Teams in den Seniorenfreizeiteinrichtungen sowie im Gratulationsdienst. Wenn Sie Lust haben, z.B. an der Programmgestaltung und/oder der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen mitzuwirken bzw. älteren Spandauerinnen und Spandauern zu Jubiläen zu gratulieren, dann sind Sie hier richtig. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind haftpflicht- und unfallversichert und erhalten eine kleine Aufwandsentschädigung. Spezialkenntnisse sind nicht erforderlich.

Für mehr Informationen und eine persönliche Beratung melden Sie sich bitte bei Frau Förster, Tel. 90279-6112, E-Mail andrea.foerster@ba-spandau.berlin.de oder bei Frau Grund, Tel. 90279-6021, E-Mail angela.grund@ba-spandau.berlin.de.

Halt! Nicht mit mir! Selbstverteidigung für Seniorinnen und Senioren

Das Bezirksamt Spandau von Berlin, Amt für Soziales, bietet Spandauer Seniorinnen und Senioren ein weiteres attraktives Sportangebot an: Im neuen Selbstverteidigungskurs für Seniorinnen und Senioren können die Teilnehmenden erlernen, wie man kritische Situationen rechtzeitig erkennt und vermeiden kann. Dazu gehört auch, die Wahrnehmungsfähigkeit zu verbessern, mit Aggressionen konstruktiv umzugehen und die eigene Angst zu kontrollieren statt sich von ihr beherrschen zu lassen. Eine entspannte Mischung aus Theorie und vielen praktischen Übungen hilft dabei. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Der Kurs besteht aus 6 Einheiten à 90 min und kostet 72,- Euro. Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt. Bitte lockere Freizeit- oder Sportkleidung mitbringen.

Ab 15.2.–22.3.2018, immer donnerstags 16.30–18.00 Uhr, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10a, 13597 Berlin

Weidenschnittgut / Weidenruten zu verschenken

Das Straßen- und Grünflächenamt bietet auch im Jahr 2018 Weidenschnittgut und Weidenruten für gärtnerische Arbeiten oder Naturschutzzwecke kostenlos am Bullengraben / Höhe Baluschkeweg in Spandau zur Mitnahme an.

Das Feuchtgebiet am Baluschkeweg ist ein wichtiger Lebensraum für Hochstauden und unterschiedlichste Insekten. Zur Erhaltung dieses Lebensraumes müssen die Weiden wiederholt zurückgeschnitten werden, um sie zurückzudrängen.

Die anfallenden Weidenruten werden am Dienstag, den 13. Februar 2018 in der Zeit von 09.00 bis 12.00 Uhr am Bullengraben / Höhe Baluschkeweg Nr. 60, 13591 Berlin (Spandau / Staaken) durch die auszubildenden Gärtner und Gärtnerinnen bereitgestellt.

Unterstützung beim Beladen, Abtransport oder Einbau kann leider nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Weidenruten sind zum Teil sehr kräftig und bis zu vier Meter lang.

Humidor und Hausmarke

»Zigarren-Lüdicke« gibt es seit 1870 in der Pichelsdorfer Straße – Andreas Wagner führt das Traditionsgeschäft fort



Öffnet man die Tür, umfängt einen ein angenehmer, dezenter Duft. Eine Melange aus frisch gedrucktem, Kaffee – und Tabak. Nicht der unangenehm-abgestandene Geruch kalten Zigarettenrauchs und übervoller Aschenbecher, sondern der Duft von frischem Tabak, verpackt als Zigarren in Holzkästchen oder als Pfeifentabak.

»Zigarren-Lüdicke. Seit 1870« steht auf dem Schild über dem Laden in der Pichelsdorfer Straße, kurz vor der Kreuzung Weißenburger. Es ist damit das älteste Geschäft in der Wilhelmstadt, und der jetzige Inhaber, Andreas Wagner, ist der erste, der nicht Lüdicke heißt. Andreas Wagner bittet zu einem kleinen Tischchen mit zwei Sesseln im Ladenraum, bringt einen Kaffee (einen sehr guten Kaffee!), der Aschenbecher auf dem Tisch ist blank geputzt – es darf geraucht werden. Er selbst raucht seit 15 Jahren keine Zigaretten mehr, er genießt hin und wieder einen Zigarillo. Er hat es auch mal mit Pfeiferauchen versucht. Aber Pfeife, sagt Wagner, braucht viel Zeit und Muße – die er oft nicht hat. Ebenso wie viele andere, weshalb die Zahl der Pfeiferauchenden Kunden in seinem Geschäft eher klein ist – dafür aber konstant.

An der Wand hängt ein Bild mit vier Porträts – die Ahnenreihe der Lüdicke, die den Laden im Laufe der Jahrzehnte führten. Lüdicke Senior, der Gründer des Geschäfts, hatte das Haus in der Pichelsdorfer Straße 91 im Jahr 1870 bauen lassen. Im Erdgeschoss des Vorderhauses eröffnete er den Tabakladen. Wie es zu dieser Zeit üblich war, wohnte die Familie Lüdicke selbst im Haus – in der ersten Etage und im Hinterhaus. Lüdicke produzierte auch selbst Zigarren, die Manufaktur be-

fand sich in einem Nebenglass auf dem Hof. Dort stand auch das Pferdefuhrwerk, mit dem die Ware in Spandau und Umgebung ausgeliefert wurde – bis nach Wustermark.

Andreas Wagner übernahm vor 17 Jahren das Geschäft. Die BEWAG, sein früherer Arbeitgeber, baute gerade Personal ab und zahlte Abfindungen. Wagner schaute sich nach einem soliden kleinen Geschäft um und fand »Zigarren-Lüdicke«, die Tochter der Lüdicke wollte es selbst nicht weiterführen.

Wagner ist selbst gebürtiger Spandauer, er kennt den Wilhelmstädter Kiez gut, das Geschäft ist fester Bestandteil der Nachbarschaft. Es ruht auf mehreren Säulen: Tabakwaren und -zubehör, Zeitungen und Zeitschriften, Lotto, Paketannahme. Doch nichts an dem Laden wirkt ramschig, alles ist gepflegt und wohlgeordnet: Die säuberlich im Regal aufgereihten Zeitschriften, die druckfrischen Zeitungen, Zigarrenkistchen in Vitrinen, ebenso wie neuerdings auch E-Zigarettenzubehör, einige Sorten guten Whiskys sind hinter dem Verkaufstresen aufgereiht, passend zu Pfeife und Zigarren.

Das Geschäft funktioniert dank der Stammkundschaft – Nachbarn kommen, kaufen sich hier ihre Zeitungen und Zigaretten, geben ihren Lottoschein oder Pakete ab. Zigarren- und Pfeifenkunden kommen auch aus dem Umland und nehmen gern den weiteren Weg in Kauf.

Die Stammkundschaft bleibt stabil – trotz aller Widrigkeiten. Ein Einschnitt war natürlich das Nichtraucherschutzgesetz. Außerdem ist da die Konkurrenz aus Polen, wo die Leute stangenweise Zigaretten einkaufen, weil die billiger sind als in Deutschland mit

Preisbindung und hoher Tabaksteuer. Und natürlich die Konkurrenz des Internets, in dem man inzwischen so ziemlich alles bestellen kann, was man möchte. Wagner sieht das allein schon an seiner Paketannahme – immer mehr Waren gehen per Post auf den Weg. Doch das Internet kann nicht die fachkundige Beratung und das persönliche Gespräch ersetzen. »Als ich hier anfing«, sagt Wagner, »war ich natürlich kein Experte in Sachen Tabak.« Er machte dann Schulungen mit, bildete sich fort, besuchte zahlreiche Fachhändler. Zertifikate im hinteren Raum bescheinigen ihm das Fachwissen in Sachen Zigarren und Pfeife. Jede Zigarrensorte, die er verkauft, hat er auch selbst probiert.

Andreas Wagner lädt ein, seine kleine Schatzkammer zu besichtigen. Sie befindet sich hinter dem Ladenraum. »Mein Humidor« sagt Wagner liebevoll und mit sichtlichem Stolz. Ein Humidor ist ein Behälter, in dem Zigarren fachgerecht gelagert werden, bei konstanter Temperatur und der notwendigen Luftfeuchtigkeit. Wagners Humidor ist ein kleiner Raum, in dem die besonders guten Zigarren in ihren Kistchen aufgereiht sind wie Preziosen: Zigarren aus Kuba, natürlich, aus der Dominikanischen Republik, aus Ecuador.

Die teuerste Zigarre, die Wagner im Angebot hat, ist eine kubanische Cohiba Esplendido, 27 Euro das Stück. Aber der Preis allein sagt noch gar nichts, findet Wagner. Was für ihn zählt, sind Geschmack und Qualität.

Und dann präsentiert Andreas Wagner stolz ein weiteres Schätzchen: eine Dose mit selbstkreiertem Pfeifentabak, die Hausmarke sozusagen. Wagner lässt den von ihm komponierten Tabak bei der Kreuzberger Firma »Planta« produzieren. »Die Hausmarke ist hier der Renner«, freut er sich.

Durch das Schaufenster sieht er direkt auf das Treiben in der Pichelsdorfer. Die geplanten Erneuerungsmaßnahmen für die Straße findet er gut, er hat auch die Veranstaltungen dazu besucht. Nur glaubt er nicht, dass sich damit die Einzelhandelsstruktur verbessern lässt. Er hat inzwischen viele Geschäfte kommen und gehen sehen, er kennt die Straße noch als Kind. Selbst noch vor zwanzig Jahren, sagt er, gab es hier kaum Leerstand. Die Ursache für den allmählichen Niedergang sieht er vor allem in der Eigentümerstruktur: Immer mehr Häuser gehören inzwischen Immobiliengesellschaften, die oft weit weg sitzen und die Häuser nicht mal kennen. Denen die Art der Läden vor Ort egal ist, auch der Leerstand, denn den kann man sogar steuerlich absetzen.

Wagner jedoch will so lange durchhalten, wie es geht und die Miete es erlaubt. Schließlich ist sein Laden immer noch ein echter Kiezladen.



O-Ton Wilhelmstadt

Dreisatz

Pflasterstrand

Auf dem Weg vom Bahnhof zur Bushaltestelle Klosterstraße kommt man an einer Cocktail-Bar vorbei, die allein wegen ihres Namens fasziniert: »Sunset Beach«. Direkt an einer der vielbefahrensten, lautesten und dreckigsten Straßen des Bezirks. Schon für diesen unerschütterlichen Optimismus muss man Spandau lieben. Unterm Pflaster liegt der Strand. Zu jeder Jahreszeit. Man muss wohl nur ein paar Cocktails trinken.

Strafen

Lieblingsbäckerei Adamstraße, vormittag, man trifft sich bei Kaffee oder zweitem Frühstück, Gespräche gibt's hier immer. Die neuesten Nachrichten werden kommentiert, Trump, Putin usw. Kommentiert wird auch der Polizist, der schon den ganzen Morgen draußen Falschparker registriert. Irgendwie kommt man dann auf das Thema Denunziation. Auch der Chef der Bäckerei steuert eine Anekdote bei – ein Nachbar hatte vor Jahren versucht, ihn beim Finanzamt anzuschwärzen. Beim Finanzamt konnte das Gerücht schnell ausgeräumt werden, alle Unterlagen waren längst geprüft und einwandfrei. Er wusste auch, wer ihn angeschwärzt hatte. Eine Frau sagt über ihrem Kaffee: »Gegen den hättste Strafanzeige stellen können.« – Ach, winkt der Bäcker ab, »der war schon genug gestraft mit seiner Frau.«

Kurzbeziehung

In der Wäscherei »Sauberland« stehen zwei ältere Herren – einer davon mit beeindruckend gezwirbeltem Schnurrbart – bringen Reinigungsbedürftiges und holen Pakete frischer Wäsche ab: Hemden, Shirts, Bettzeug. Während die Frau hinterm Tresen noch die Beträge in die Kasse eintippt, rückt der Mann ans andere Ende des Tresens vor, um die Wäsche einzupacken. Die Frau, die gerade kassieren will, schaut auf und ruft launig: »Mensch, nu verlässt er mich schon wieder! Dabei hatte allet so jut mit uns beeden angefangen!« Der Mann eilt zur Kasse zurück und überreicht seine EC-Karte. Bein Eintippen der PIN geht irgendwas schief, eine Zahl fehlt, sein Kumpel hilft aus. »Na, Ihre Geheimzahl kennt wohl ooch schon die ganze Nachbarschaft«, neckt die Frau. Und empfiehlt: »Immer feste uff die Tasten drücken, is ja keen Klavier, wa.« – Nach ca. zehn äußerst unterhaltsamen, bühnenreifen Minuten wendet sich die heitere Frau schließlich uns zu. »Und, sind Se jetzt schon hier verwurzelt?« – Was für ein Lichtblick an diesem trüben Tag ...



Kunde auf Augenhöhe

Die Posse eines Automaten, der in lichter Höhe von 1,60 m montiert wurde, ist nur ein Symptom für ein grundsätzliches Problem.

Er hat es sogar schon bis in die rbb-Abendschau geschafft – der Geldautomat der Volksbank in der Adamstraße. Nicht genug, dass die Filiale Ende des letzten Jahres schloss und damit (nach Commerzbank und Deutscher Bank) eine der letzten Bankfilialen aus der Wilhelmstadt verschwand – die Volksbank treibt den Irrsinn auf die Spitze. Der Geldautomat, einziges Überbleibsel der Bank, wurde straßenseitig montiert, und das in 1,60 Meter Höhe. Auf so eine Idee muss man erstmal kommen. Das bedeutet, dass Menschen unter 1,70 m Körpergröße kaum eine Chance haben, auch nur das Display zu sehen – selbst mit dem Trittchen, das notdürftig davor gestellt wurde. Doch die Stufe hilft all jenen nicht, die unter 1,50 m groß sind oder auf den Rollstuhl bzw. Rollatoren angewiesen sind, sie ist dann nur eine zusätzliche Hürde. Hinzu kommt, dass bei direktem Sonnenlicht das Display überhaupt nicht mehr lesbar ist, weil es reflektiert.

Verständlich, dass die Wilhelmstädter mit Unmut auf diese Schwachsinnskonstruktion reagieren. Zwar hat die Volksbank umgehend Abhilfe versprochen – doch der Automat ist ja nur ein Symbol für ein grundsätzliches Problem. Immer mehr kommerzielle bzw. privatisierte Anbieter und Dienstleister bauen ihre Vor-Ort-Filialen mit Kundenberatern und persönlichem Service ab und setzen mehr und mehr auf das elektronische Geschäft, statt mehr (und besser bezahlter) Postboten gibt es immer mehr Paketstationen, den Banken wäre es am liebsten, alle würden nur noch Online-Banking betreiben. Benachteiligt sind all jene, die diese elektronischen Angebote nicht nutzen können oder wollen – sei es aus Datenschutzgründen oder Sorge wegen der Cyberkriminalität, sei es, weil insbesondere alte Menschen gar keinen Internetzugang oder Computer haben und sich mit der Automatentechnik schwer tun. Um zu den immer rarerer Filialen zu gelangen, müssen sie immer weitere Wege auf sich nehmen, was insbesondere für Ältere und Menschen mit Behinderungen beschwerlich ist. Hinzu kommt, dass der Anteil der älteren und alten Menschen in der Gesellschaft weiter wächst – das Problem der Zugänglichkeit wichtiger Dienste wird also weiter bestehen.

Hier bedarf es dringend neuer Ideen und Lösungen – beispielsweise mobile Dienste. Teils springen auch andere Gewerbetreibende ein, etwa der Schreibwarenladen, der zusätzlich das Grundangebot der Post übernimmt. Dennoch dürfen die Unternehmen nicht aus der Verantwortung entlassen werden, hier ist auch politischer Druck gefragt. Schließlich geht es hier um Daseinsvorsorge. us



Adressen

Prozesssteuerung und Sanierungsbeauftragter
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP)
Schwedter Straße 34A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Wilke, Tel. 030-330028-36
wilke@kosp-berlin.de
Linda Tennert-Guhr, Tel. 030-330028-30
tennert-guhr@kosp-berlin.de

Geschäftsstraßenmanagement
Ulrike Stock / Torsten Wiemken,
Tel. 030-30 12 46 97 bzw. 0178-352 38 01
gsm@wilhelmstadt-bewegt.de
Öffnungszeiten Büro Adamstraße 39 (Stadtteilladen) Di und Mi 10–13 Uhr
die raumplaner / LOKATION: S
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
www.die-raumplaner.de

Stadtteilvertretung Wilhelmstadt
Sprecher: Michael Henkel, Markus Ritter, Emilio Paolini
Öffentliche Sitzung:
jeder 1. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
Stadtteilladen Adamstraße 39
www.stv-wilhelmstadt.de

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit
Frank Bewig
Bezirksamt Spandau von Berlin
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Tel. 030-90 279-22 61
frank.bewig@ba-spandau.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Sprechzeiten: dienstags und freitags 9–12 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung

Amtsleiter:
Markus Schulte, Tel. 030-90 279-35 72
markus.schulte@ba-spandau.berlin.de

Gruppenleitung Sanierung/ Planungsrechtliche Beurteilung:
Doris Brandl, Tel. 030-90 279-31 64
doris.brandl@ba-spandau.berlin.de

Bearbeiterinnen und Bearbeiter für das Förderprogramm »Aktive Zentren Berlin«

Kerstin Schröder, Tel. 030-90 279-35 73
kerstin.schroeder@ba-spandau.berlin.de

Jörg Rinke, Tel. 030-90 279-35 68
joerg.rinke@ba-spandau.berlin.de

Katharina Lange, Tel. 030-90 279-22 80
katharina.lange@ba-spandau.berlin.de

**Sozialteam Wilhelmstadt
Bürgerberatungsangebote im
Stadtteilladen Adamstraße 39
Tel. 419562-54 / -62 / -58**

Kontakt: Volkmar Tietz, Tel. 30 12 46 97, oder
Mob. 0176-24981761,

Montag, 10–12 Uhr: Ewa Betz berät zu Fragen der Stressbewältigung

Montag, 16–18 Uhr
Schiedsmann Dietmar Zacher berät bei Konflikten und Streitigkeiten und zu Schwerbehindertenrecht

Dienstag, 15–18 Uhr
Frau Nouha Razzouk berät zu Fragen der Integration und Umgang mit Ämtern

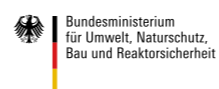
Mittwoch, 15–18 Uhr (nicht am 1. Mittwoch im Monat!): Sozialsprechstunde

Donnerstag, 14.30–16.30 Uhr: Basteln Handarbeiten für Jung und Alt mit Heidemarie Koch

Donnerstag, 16–18 Uhr: Kiezsprechstunde mit Volkmar Tietz

2. Donnerstag im Monat, 17–20 Uhr: RepairCafé: Hilfe zur Selbsthilfe, Reparatur von Elektro- und Haushaltsgeräten unter Anleitung

Freitags 10–12 Uhr: Hartz IV & mehr: Wolfgang Schumann berät zu Hartz IV, Jobcenter, Existenzgründung



Spandau





Blick auf Melanchthonkirche und
Friedrich-Wilhelm-Bürgerstift 1904

Vor 125 Jahren kam die Kirche ins Dorf

Wie aus einer kleinen Kapelle eine richtige Kirche wurde

*Zur Ehre des Höchsten heut' wirst du geweiht,
Sei »Friede auf Erden« dein erstes Geläut.
Wie Melanchthon einst wirkte, versöhnend und mild,
so strahle dir immer sein leuchtendes Bild
Und nimmer vergiss auch Kaiser und Reich,
für Land und für Stadt sei Zierde zugleich.
(Prof. Althaus am 14. Dezember 1893, Auszug)*

Das fehlte noch, nach Pferdemarkt und Gasanschluss, damit aus der dörflichen Pichelsdorfer Vorstadt eine Wilhelmstadt werden könnte: der Anschluss an die städtische Kanalisation und eine ordentliche Kirche für das Seelenheil.

Denn das eine stank zum Himmel und für das andere waren die Wege weit bis zur Nikolaikirche, die Verlockungen der Gaststätten unterwegs waren vielfältig und groß. Besondere Gefahren sah die lokale Geistlichkeit für die zahlreichen protestantischen Familien der Arbeiter aus der Geschützgießerei und anderen Fabriken und Werkstätten des Militärs, die ab 1875 in den »fiskalischen Häusern« zwischen Wever- und Beyerstraße ein Zuhause fanden.

Nicht zuletzt hatte gerade deren Zuzug dafür gesorgt, dass bis 1887 schon gut 6.000 Menschen in der Potsdamer und Pichelsdorfer Vorstadt lebten, wofür, so die vorherrschende Meinung, der Bau einer kleinen Fachwerk-Kapelle als gottesdienstlicher Sammelpunkt vor Ort genügen würde. Doch 1890 zeichnete sich mit den ersten Lockerungen der Rayonbestimmungen ein rasantes Wachstum der Wohnbauungen auch für die Gebiete nördlich der Adamstraße bis hin zum Metzger Platz ab, weshalb die Pläne für die neue Kirche überholt und erweitert werden mussten.

Einen passenden Ort hatte man gefunden: an der bis zur Potsdamer Chaussee (heute Wilhelmstraße) verlängerten Adamstraße, gleich neben dem 1. Kommunalen Friedhof Spandaus, der jedoch schon 1905 wieder geschlossen wurde. (siehe Wilma 1/2017)

Am Dienstag, den 2. Mai 1893 um 11 Uhr war es dann soweit: ganz nach dem Zeitgeschmack und der Nachbarschaft – nicht des Friedhofs, sondern der Trainkaserne und des Exerzirplatzes – gab es zuerst den Choral »Ein feste Burg ist unser Gott, ein gute Wehr und Waffen ...«, ehe Bürger-

meister Wilhelm Georg Koeltze, Spandaus Oberpfarrer Recke und der Baumeister des Gemeindegemeinderates Perrin mit drei Hammerschlägen den Grundstein für den Bau der Melanchthonkirche in den Sand der Spandauer Hasenheide setzten. Danach gab man richtig Gas, um den zeitgemäßen Moden folgenden neogotischen Entwurf des Königlichen Baurats Heinrich von Lancizolle auf dem Areal umzusetzen, das von der Stadt Spandau vorerst gegen eine »kleine Pacht« zur Verfügung gestellt und 1896 dann der Gemeinde geschenkt wurde.

Klein auch der Etat von 50.000 Mark – heute in etwa 350.000 Euro – für den massiven Kirchenbau mit rund 400 Sitz- und Stehplätzen. Sicherlich hatten sowohl der Spandauer Maurermeister C. Schüler und seine Mannen, aber auch der mit der Oberaufsicht beauftragte Baumeister Perrin einen großen Anteil daran, dass in der Rekordzeit von nur sieben Monaten und dreizehn Tagen der Gemeinde-Kirchenrat von St. Nikolai zur Einweihung am Freitag, den 15. Dezember 1893 einladen konnte.

Sparsam mit Zeit und Geld gingen die beiden Baumeister um, was im »Spandauer Tageblatt« des Folgetages auch der »Einfachheit der äußeren Architektur, in gotischen Formen ohne strengere Stilistik«, sowie der schlichten Ausstattung zugeschrieben wurde: »Zwei eiserne Öfen sorgen für Erwärmung, zwei Kronleuchter und zwei Altarleuchter für die Erleuchtung und im Turm befinden sich zwei Glocken, welche die Gläubigen zur Kirche rufen; eine Uhr ist leider noch nicht vorhanden, auch fehlt die Orgel noch ...« Und ohne private »Wohltäter«, die für Altarfenster, Teppich, Taufstein und für die gärtnerische Gestaltung des noch öden Platzes drumherum sorgten, wäre das alles noch viel armseliger ausgefallen.

Eine Woche vor der feierlichen Einweihung verkündete der Gemeinde-Kirchenrat in einer Annonce, dass im »Adamstraßen-Eck« beim Kaufmann Schroeder, »soweit der Raum verfügbar« noch Eintrittskarten »unentgeltlich abzugeben sind«, und dass man die Mitbürger bittet, »an dem Weihetage ihre Häuser mit Fahnen und anderen Dekorationen schmücken zu wollen«.

Das galt vor allem für den kurzen Weg des streng nach Rang und Ordnung gegliederten Festumzuges mit den »hohen geladenen Gäste« von Kirche, Fiskus, Garnison und Stadt, der ab 10.30 Uhr von der Aula der V. Gemeindeschule (heute Förderichschule) entlang der Adamstraße bis zum Haupteingang der Melanchthonkirche führte.

Allen voran der General-Superintendent Dryander, der Punkt elf Uhr auf den Stufen des Turmportals aus den Händen des Baumeisters Perrin den symbolischen Schlüssel erhielt. Dessen Worte aber gingen im Glockengeläut unter. So gibt es weder eine schriftliche Quelle noch einen Ohrenzeugen, die deren Inhalt wiedergeben konnten.

Eine Orgel gab's noch im Folgejahr – jedoch, die Kirchenuhr fehlt bis heute und ab 1916 wurde die Filiale der Nikolaikirche eine eigenständige Gemeinde. Aus der südlichen Spandauer Vorstadt wurde 1897 zum 100. Geburtstag von Wilhelm I. die Wilhelmstadt, die noch im gleichen Jahr Anschluss an die städtischen Wasserversorgung und Kanalisation bekam. Doch das wäre wieder etwas Neues von früher für eine kommende WILMA. Thomas Streicher